



Nähere Angaben zur Bank sind im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ enthalten.

Bedingungen für Zahlungen mittels Lastschrift im SEPA-Firmenlastschriftverfahren

Für Zahlungen des Kunden, der kein Verbraucher¹ ist, an Zahlungsempfänger mittels SEPA-Firmenlastschrift über sein Konto bei der Bank gelten folgende Bedingungen.

1. Allgemein

1.1. Begriffsbestimmung

Eine Lastschrift ist ein vom Zahlungsempfänger ausgelöster Zahlungsvorgang zu Lasten des Kontos des Kunden, bei dem die Höhe des jeweiligen Zahlungsbetrags vom Zahlungsempfänger angegeben wird.

1.2. Entgelte

Bei Entgelten und deren Änderung sind die Regelungen in Nummer 12 Absätze 2 bis 6 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen maßgeblich.

2. SEPA-Firmenlastschrift

2.1. Allgemein

2.1.1. Wesentliche Merkmale des SEPA-Firmenlastschriftverfahrens

Das SEPA-Firmenlastschriftverfahren kann nur von Kunden genutzt werden, die keine Verbraucher sind.

Mit dem SEPA-Firmenlastschriftverfahren kann der Kunde über die Bank an einen Zahlungsempfänger Zahlungen in Euro innerhalb des Gebiets des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums („Single Euro Payments Area“, SEPA) bewirken. Zur SEPA gehören die im Anhang genannten Staaten und Gebiete.

Für die Ausführung von Zahlungen mittels SEPA-Firmenlastschrift muss

- der Zahlungsempfänger und dessen Zahlungsdienstleister das SEPA-Firmenlastschriftverfahren nutzen,
- der Kunde vor dem Zahlungsvorgang dem Zahlungsempfänger das SEPA-Firmenlastschrift-Mandat erteilen und
- der Kunde der Bank die Erteilung des SEPA-Firmenlastschrift-Mandats bestätigen.

Der Zahlungsempfänger löst den jeweiligen Zahlungsvorgang aus, indem er über seinen Zahlungsdienstleister der Bank die Lastschriften vorlegt.

Der Kunde kann bei einer autorisierten Zahlung aufgrund einer SEPA-Firmenlastschrift von der Bank keine Erstattung des seinem Konto belasteten Lastschriftbetrags verlangen.

2.1.2. Kundenkennungen

Für das Verfahren hat der Kunde die ihm mitgeteilte IBAN² und bei grenzüberschreitenden Zahlungen (außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums³) zusätzlich den BIC⁴ der Bank als seine Kundenkennung gegenüber dem Zahlungsempfänger zu verwenden, da die Bank berechtigt ist, die Zahlung aufgrund der SEPA-Firmenlastschrift ausschließlich auf Grundlage der ihr übermittelten Kundenkennung auszuführen. Die Bank und die weiteren beteiligten Stellen führen die Zahlung an den Zahlungsempfänger anhand der im Lastschriftdatei-satz vom Zahlungsempfänger als dessen Kundenkennung angegebenen IBAN und bei grenzüberschreitenden Zahlungen außerhalb des EWR zusätzlich angegebenen BIC aus.

2.1.3. Übermittlung von Lastschriftdaten

Bei SEPA-Firmenlastschriften können die Lastschriftdaten auch über das Nachrichtenübermittlungssystem der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT) mit Sitz in Belgien und Rechenzentren in der Europäischen Union, in der Schweiz und in den USA weitergeleitet werden.

2.2. SEPA-Firmenlastschrift-Mandat

2.2.1. Erteilung des SEPA-Firmenlastschrift-Mandats (SEPA Business-to-Business Direct Debit Mandate)

Der Kunde erteilt dem Zahlungsempfänger ein SEPA-Firmenlastschrift-Mandat. Damit autorisiert er gegenüber seiner Bank die Einlösung von SEPA-Firmenlastschriften des Zahlungsempfängers. Das Mandat ist schriftlich oder in der mit seiner Bank vereinbarten Art und Weise zu erteilen. In dieser Autorisierung ist zugleich die ausdrückliche Zustimmung enthalten, dass die am Lastschritteinzug beteiligten Zahlungsdienstleister und etwaige zwischengeschaltete Stellen die für die Ausführung der Lastschrift notwendigen personenbezogenen Daten des Kunden abrufen, verarbeiten, übermitteln und speichern. In dem SEPA-Firmenlastschrift-Mandat müssen die folgenden Erklärungen des Kunden enthalten sein:

- Ermächtigung des Zahlungsempfängers, Zahlungen vom Konto des Kunden mittels SEPA-Firmenlastschrift einzuziehen, und
- Weisung an die Bank, die vom Zahlungsempfänger auf sein Konto gezogenen SEPA-Firmenlastschriften einzulösen.

Das SEPA-Firmenlastschrift-Mandat muss folgende Angaben (Autorisierungsdaten) enthalten:

- Bezeichnung des Zahlungsempfängers,
- eine Gläubigeridentifikationsnummer,
- Kennzeichnung einmalige Zahlung oder wiederkehrende Zahlungen,
- Name des Kunden,
- Bezeichnung der Bank des Kunden und
- seine Kundenkennung (siehe Nummer 2.1.2).

Über die Autorisierungsdaten hinaus kann das Lastschriftmandat zusätzliche Angaben enthalten.

2.2.2. Bestätigung der Erteilung eines SEPA-Firmenlastschrift-Mandats

Der Kunde hat seiner Bank die Autorisierung nach Nummer 2.2.1 unverzüglich zu bestätigen, indem er der Bank folgende Daten aus dem dem Zahlungsempfänger erteilten SEPA-Firmenlastschrift-Mandat übermittelt:

- Bezeichnung des Zahlungsempfängers,
- Gläubigeridentifikationsnummer des Zahlungsempfängers,
- Mandatsreferenz,
- Kennzeichnung einmalige Zahlung oder wiederkehrende Zahlungen und
- Datum der Unterschrift auf dem Mandat.

Hierzu kann der Kunde der Bank auch eine Kopie des SEPA-Firmenlastschrift-Mandats übermitteln.

Über Änderungen oder die Aufhebung des SEPA-Firmenlastschrift-Mandats gegenüber dem Zahlungsempfänger hat der Kunde die Bank unverzüglich, möglichst schriftlich, zu informieren.

2.2.3. Widerruf des SEPA-Firmenlastschrift-Mandats

Das SEPA-Firmenlastschrift-Mandat kann vom Kunden durch Erklärung gegenüber seiner Bank widerrufen werden. Der Widerruf wird ab dem auf den Eingang des Widerrufs folgenden Geschäftstag gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis“ wirksam. Der Widerruf sollte möglichst schriftlich und möglichst gegenüber der kontoführenden Stelle der Bank erfolgen. Zusätzlich sollte dieser auch gegenüber dem Zahlungsempfänger erklärt werden. Der Widerruf des SEPA-Firmen-

¹Verbraucher ist gemäß § 13 BGB jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu einem Zweck abschließt, der weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbstständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann.

²International Bank Account Number (Internationale Bankkontonummer).

³Mitgliedstaaten siehe Anhang.

⁴Bank Identifier Code (Bank-Identifizierungscode).

lastschrift-Mandats erfasst bereits dem Konto des Kunden belastete SEPA-Firmenlastschriften nicht. Für diese gilt Nummer 2.2.4 Absätze 2 und 3.

2.2.4. Zurückweisung einzelner SEPA-Firmenlastschriften

- (1) Der Kunde kann der Bank gesondert die Weisung erteilen, Zahlungen aus bestimmten SEPA-Firmenlastschriften des Zahlungsempfängers nicht zu bewirken. Diese Weisung muss der Bank bis spätestens zum Ende des Geschäftstags gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis“ vor dem im Datensatz der Lastschrift angegebenen Fälligkeitstag zugehen. Diese Weisung sollte möglichst schriftlich und möglichst gegenüber der kontoführenden Stelle der Bank erfolgen. Zusätzlich sollte dieser auch gegenüber dem Zahlungsempfänger erklärt werden.
- (2) Am Tag der Belastungsbuchung der SEPA-Firmenlastschrift kann diese nur noch zurückgewiesen werden, wenn Kunde und Bank dies vereinbart haben. Die Vereinbarung wird wirksam, wenn es der Bank gelingt, den Lastschriftbetrag endgültig zurück zu erlangen. Für die Bearbeitung eines solchen Widerrufs des Kunden berechnet die Bank das im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesene Entgelt.
- (3) Nach dem Tag der Belastungsbuchung der SEPA-Firmenlastschrift kann der Kunde diese nicht mehr zurückweisen.

2.3. Einzug der SEPA-Firmenlastschrift auf Grundlage des SEPA-Firmenlastschrift-Mandats durch den Zahlungsempfänger

- (1) Das vom Kunden erteilte SEPA-Firmenlastschrift-Mandat verbleibt beim Zahlungsempfänger. Dieser übernimmt die Autorisierungsdaten und etwaige zusätzliche Angaben in den Datensatz zur Einziehung von SEPA-Firmenlastschriften. Der jeweilige Lastschriftbetrag wird vom Zahlungsempfänger angegeben.
- (2) Der Zahlungsempfänger übermittelt elektronisch den Datensatz zur Einziehung der SEPA-Firmenlastschrift unter Einschaltung seines Zahlungsdienstleisters an die Bank als Zahlstelle. Dieser Datensatz verkörpert auch die im SEPA-Firmenlastschrift-Mandat enthaltene Weisung des Kunden an die Bank zur Einlösung der jeweiligen SEPA-Firmenlastschrift (siehe Nummer 2.2.1 Sätze 2 und 5). Für den Zugang dieser Weisung verzichtet die Bank auf die für die Erteilung des SEPA-Firmenlastschrift-Mandats vereinbarte Form (siehe Nummer 2.2.1 Satz 3).

2.4. Zahlungsvorgang aufgrund der SEPA-Firmenlastschrift

2.4.1. Belastung des Kontos des Kunden mit dem Lastschriftbetrag

- (1) Eingehende SEPA-Firmenlastschriften des Zahlungsempfängers werden am im Datensatz angegebenen Fälligkeitstag mit dem vom Zahlungsempfänger angegebenen Lastschriftbetrag dem Konto des Kunden belastet. Fällt der Fälligkeitstag nicht auf einen im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesenen Geschäftstag der Bank, erfolgt die Kontobelastung am nächsten Geschäftstag.
- (2) Eine Kontobelastung erfolgt nicht oder wird spätestens am dritten Bankarbeitstag⁵ nach ihrer Vornahme rückgängig gemacht, wenn
 - der Bank keine Bestätigung des Kunden gemäß Nummer 2.2.2 vorliegt,
 - der Bank ein Widerruf des Firmenlastschrift-Mandats gemäß Nummer 2.2.3 zugegangen ist,
 - der Bank eine Zurückweisung der Lastschrift des Kunden gemäß Nummer 2.2.4 zugegangen ist,
 - der Kunde über kein für die Einlösung der Lastschrift ausreichendes Guthaben auf seinem Konto oder über keinen ausreichenden Kredit verfügt (fehlende Kontodeckung); Teileinlösungen nimmt die Bank nicht vor,
 - die im Lastschriftdatensatz angegebene IBAN des Zahlungspflichtigen keinem Konto des Kunden bei der Bank zuzuordnen ist, oder
 - die Lastschrift nicht von der Bank verarbeitbar ist, da im Lastschriftdatensatz
 - eine Gläubigeridentifikationsnummer fehlt oder für die Bank erkennbar fehlerhaft ist,
 - eine Mandatsreferenz fehlt,
 - ein Ausstellungsdatum des Mandats fehlt oder
 - kein Fälligkeitstag angegeben ist.

2.4.2. Einlösung von SEPA-Firmenlastschriften

SEPA-Firmenlastschriften sind eingelöst, wenn die Belastungsbuchung auf dem Konto des Kunden nicht spätestens am dritten Bankarbeitstag nach ihrer Vornahme rückgängig gemacht wird.

2.4.3. Unterrichtung über die Nichtausführung oder Rückgängigmachung der Belastungsbuchung oder Ablehnung der Einlösung

Über die Nichtausführung oder Rückgängigmachung der Belastungsbuchung (siehe Nummer 2.4.1 Absatz 2) oder die Ablehnung der Einlösung einer SEPA-Firmenlastschrift (siehe Nummer 2.4.2) wird die Bank den Kunden unverzüglich, spätestens bis zu der gemäß Nummer 2.4.4 vereinbarten Frist unterrichten. Dies kann auch auf dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg geschehen. Dabei wird die Bank, soweit möglich, die Gründe sowie die Möglichkeiten angeben, wie Fehler, die zur Nichtausführung, Rückgängigmachung oder Ablehnung geführt haben, berichtigt werden können.

Für die berechtigte Ablehnung der Einlösung einer autorisierten SEPA-Firmenlastschrift wegen fehlender Kontodeckung (siehe Nummer 2.4.1 Absatz 2 vierter Spiegelstrich) berechnet die Bank das im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesene Entgelt.

2.4.4. Ausführung der Zahlung

- (1) Die Bank ist verpflichtet sicherzustellen, dass der von ihr dem Konto des Kunden aufgrund der SEPA-Firmenlastschrift des Zahlungsempfängers belastete Lastschriftbetrag spätestens innerhalb der im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ angegebenen Ausführungsfrist beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingeht.
- (2) Die Ausführungsfrist beginnt an dem im Lastschriftdatensatz angegebenen Fälligkeitstag. Fällt dieser Tag nicht auf einen Geschäftstag gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis“ der Bank, so beginnt die Ausführungsfrist am darauf folgenden Geschäftstag.
- (3) Die Bank unterrichtet den Kunden über die Ausführung der Zahlung auf dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg und in der vereinbarten Häufigkeit.

2.5. Ausschluss des Erstattungsanspruchs bei einer autorisierten Zahlung

Der Kunde kann bei einer autorisierten Zahlung aufgrund einer SEPA-Firmenlastschrift von der Bank keine Erstattung des seinem Konto belasteten Lastschriftbetrags verlangen; Ansprüche aus § 675x BGB sind ausgeschlossen.

Erstattungsansprüche des Kunden bei einer nicht erfolgten oder fehlerhaft ausgeführten autorisierten Zahlung richten sich nach Nummer 2.6.2.

2.6. Erstattungs- und Schadensersatzansprüche des Kunden

2.6.1. Erstattung bei einer nicht autorisierten Zahlung

Im Falle einer vom Kunden nicht autorisierten Zahlung hat die Bank gegen den Kunden keinen Anspruch auf Erstattung ihrer Aufwendungen. Sie ist verpflichtet, dem Kunden den von seinem Konto abgebuchten Lastschriftbetrag zu erstatten. Dabei bringt sie das Konto wieder auf den Stand, auf dem es sich ohne die Belastung durch die nicht autorisierte Zahlung befunden hätte. Diese Verpflichtung ist spätestens bis zum Ende des Geschäftstags gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis“ zu erfüllen, der auf den Tag folgt, an welchem der Bank angezeigt wurde, dass die Zahlung nicht autorisiert ist oder die Bank auf andere Weise davon Kenntnis erhalten hat. Hat die Bank einer zuständigen Behörde berechtigte Gründe für den Verdacht, dass ein betrügerisches Verhalten des Kunden vorliegt, schriftlich mitgeteilt, hat die Bank ihre Verpflichtung aus Satz 2 unverzüglich zu prüfen und zu erfüllen, wenn sich der Betrugsverdacht nicht bestätigt.

2.6.2. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung

Bei einer nicht erfolgten autorisierten Zahlung, einer fehlerhaft oder verspätet ausgeführten autorisierten Zahlung oder einer nicht autorisierten Zahlung kann der Kunde von der Bank, neben etwaigen Herausgabeansprüchen nach § 667 und §§ 812 ff. BGB, den Ersatz eines hierdurch entstehenden Schadens nach Maßgabe folgender Regelungen verlangen.

- Die Bank haftet für eigenes Verschulden. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.
- Für das Verschulden der von der Bank zwischengeschalteten Stellen haftet die Bank nicht. In diesen Fällen beschränkt sich die

Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung der ersten zwischengeschalteten Stelle.

- Die Haftung der Bank für Schäden ist der Höhe nach auf den Lastschriftbetrag zuzüglich der von der Bank in Rechnung gestellten Entgelte und Zinsen begrenzt. Soweit es sich hierbei um Folgeschäden handelt, ist die Haftung zusätzlich auf höchstens 12.500 Euro je Zahlung begrenzt. Diese Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der Bank und für Gefahren, die die Bank besonders übernommen hat sowie für nicht autorisierte Zahlungen.

Ansprüche aus § 675y BGB sind ausgeschlossen.

2.6.3. Haftungs- und Einwendungsausschluss

- (1) Eine Haftung der Bank nach Nummer 2.6.2 ist in folgenden Fällen ausgeschlossen:
- Die Bank weist gegenüber dem Kunden nach, dass der Zahlungsbetrag rechtzeitig und ungekürzt beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingegangen ist.
 - Die Zahlung wurde in Übereinstimmung mit der vom Zahlungsempfänger angegebenen fehlerhaften Kundenkennung des Zahlungsempfängers ausgeführt. In diesem Fall kann der Kunde von der Bank jedoch verlangen, dass sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten darum bemüht, den Zahlungsbetrag wiederzuerlangen. Ist die Wiedererlangung des Zahlungsbetrags nach Satz 2 dieses Unterpunkts nicht möglich, so ist die Bank verpflichtet, dem Kunden auf schriftlichen Antrag alle verfügbaren Informationen mitzuteilen, damit der Kunde einen Anspruch auf Erstattung des Zahlungsbetrags geltend machen kann. Für die Tätigkeiten nach den Sätzen 2 und 3 dieses Unterpunkts berechnet die Bank das im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesene Entgelt.

- (2) Ansprüche des Kunden nach Nummern 2.6.1 und 2.6.2 und Einwendungen des Kunden gegen die Bank aufgrund nicht oder fehlerhaft ausgeführter Zahlungen oder aufgrund nicht autorisierter Zahlungen sind ausgeschlossen, wenn der Kunde die Bank nicht spätestens 13 Monate nach dem Tag der Belastung mit einer nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlung hiervon unterrichtet hat. Der Lauf der Frist beginnt nur, wenn die Bank den Kunden über die Belastungsbuchung der Zahlung entsprechend dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg spätestens innerhalb eines Monats nach der Belastungsbuchung unterrichtet hat; anderenfalls ist für den Fristbeginn der Tag der Unterrichtung maßgeblich. Schadensersatzansprüche aus einer verschuldensabhängigen Haftung der Bank nach Nummer 2.6.2 kann der Kunde auch nach Ablauf der Frist in Satz 1 geltend machen, wenn er ohne Verschulden an der Einhaltung dieser Frist verhindert war.
- (3) Ansprüche des Kunden sind ausgeschlossen, wenn die einen Anspruch begründenden Umstände
- auf einem ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignis beruhen, auf das die Bank keinen Einfluss hat und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt nicht hätten vermieden werden können, oder
 - von der Bank aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung herbeigeführt wurden.

Anhang: Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum („Single Euro Payments Area“, SEPA)

Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)

Mitgliedstaaten der Europäischen Union:

Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich (einschließlich Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique, Mayotte, Réunion), Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern.

Weitere Staaten:

Island, Liechtenstein, Norwegen.

Sonstige Staaten und Gebiete

Ålandinseln, Albanien, Andorra, Gibraltar, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Guernsey, Jersey, Insel Man, Moldau, Monaco, Montenegro, Nordmazedonien, San Marino, St. Barthélemy, St. Martin (französischer Teil), St. Pierre und Miquelon, Schweiz, Vatikanstadt.



Further details of the Bank are contained in the "List of Prices and Services" (Preis- und Leistungsverzeichnis)

The following translation is furnished for your convenience only. The original German text "*Bedingungen für Zahlungen mittels Lastschrift im SEPA-Firmenlastschriftverfahren*" is binding in all respects. In the event of any divergence between the English and the German texts, constructions, meanings or interpretations, those of the German original shall govern exclusively.

Terms and Conditions for Payments by Direct Debit under the SEPA Business-to-Business (B2B) Direct Debit Scheme

Payments which the customer who is not a consumer¹ makes to payees by SEPA business-to-business (B2B) direct debit through their account with the Bank shall be subject to the following terms and conditions.

1 General

1.1 Definition

A direct debit is a payment transaction initiated by the payee and debited to the customer's account where the amount of the payment is specified by the payee.

1.2 Charges

Charges and any changes in these shall be governed by No. 12, paragraphs 2 to 6 of the General Business Conditions (*Allgemeine Geschäftsbedingungen*).

2 SEPA business-to-business (B2B) direct debit

2.1 General

2.1.1 Main characteristics of the SEPA B2B direct debit scheme

The SEPA B2B direct debit scheme may only be used by customers who are not consumers.

It enables the customer to make payments in euros to the payee through the Bank within the Single Euro Payments Area (SEPA). SEPA comprises the countries and territories listed in the Annex.

For the execution of payments by SEPA B2B direct debit

- the payee and the payee's payment service provider must use the SEPA B2B direct debit scheme
- the customer must give the SEPA B2B direct debit mandate to the creditor before the payment transaction and
- the customer must confirm to the Bank that the SEPA B2B direct debit mandate has been given.

The payee initiates the respective payment transaction by presenting the direct debits to the Bank through their payment service provider. If a payment which has been made on the basis of a SEPA B2B direct debit is authorised, the customer shall not be entitled to claim a refund of the amount debited to their account from the Bank.

2.1.2 Unique identifiers

The customer must use the IBAN² notified to them, plus for cross-border payments (outside the European Economic Area³) the BIC⁴ of the Bank, as their unique identifier vis-à-vis the payee, since the Bank is entitled to execute the payment by SEPA B2B direct debit solely on the basis of the unique identifier provided to it. The Bank and the intermediary institutions involved will execute the payment to the payee using the IBAN, plus for cross-border payments outside the EEA the BIC, indicated by the payee in the direct debit data set as the customer's unique identifier.

2.1.3 Transmission of direct debit data

When SEPA B2B direct debits are used, the direct debit data may also be forwarded to the Bank by the payee's payment service pro-

vider through the message transmission system of the Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications (SWIFT), which is based in Belgium and has operating centres in the European Union, Switzerland and the United States.

2.2 SEPA B2B direct debit mandate

2.2.1 Giving the SEPA B2B direct debit mandate

The customer shall give a SEPA B2B direct debit mandate to the payee. With it, the customer authorises their Bank to pay SEPA B2B direct debits drawn by the payee. The mandate must be given in writing or in the manner agreed with their Bank. This authorisation shall at the same time contain the customer's explicit consent to the payment service providers and any intermediary institutions involved in the collection of the direct debit to retrieve, process and store the personal data required for the execution of the direct debit.

The SEPA B2B direct debit mandate must contain the following statements by the customer:

- a statement authorising the payee to collect payments from the customer's account by SEPA B2B direct debit and
- a statement instructing the Bank to pay the SEPA B2B direct debits drawn by the payee on the customer's account.

The SEPA B2B direct debit mandate must contain the following details (authorisation data):

- identification of the payee
- creditor identifier
- indication of whether the mandate is for a one-off payment or for recurrent payments
- name of the customer
- name of the customer's bank and
- customer's unique identifier (see Section 2.1.2).

The direct debit mandate may contain additional details supplementing the authorisation data.

2.2.2 Confirmation of giving a SEPA B2B direct debit mandate

The customer must confirm the authorisation under Section 2.2.1 to their Bank without delay by sending the Bank the following data contained in the SEPA B2B direct debit mandate given to the payee:

- identification of the payee
- creditor identifier
- mandate reference
- indication of whether the mandate is for a one-off payment or for recurrent payments
- date on which the mandate was signed.

For this purpose, the customer may also send the Bank a copy of the SEPA B2B direct debit mandate.

The customer must notify the Bank without delay and, if possible, in writing of any changes to or cancellation of the SEPA B2B direct debit mandate given to the payee.

¹Under Section 13 of the German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch [BGB]*), a consumer means any natural person who enters into a legal transaction for a purpose that is outside their trade, business or profession.

²International Bank Account Number.

³For member countries, see Annex.

⁴Bank Identifier Code.

2.2.3 Revocation of the SEPA B2B direct debit mandate

The SEPA B2B direct debit mandate may be revoked by the customer by means of a statement to this effect to their Bank. Revocation shall take effect from the banking business day, as stated in the "List of Prices and Services" (*Preis- und Leistungsverzeichnis*), following the day on which notice of revocation is received. Notice of revocation should, if possible, be given in writing and to the account-keeping branch of the Bank. It should, in addition, be given to the payee. Revocation of the SEPA B2B direct debit mandate shall not cover SEPA B2B direct debits already debited to the customer's account. In their case, Section 2.2.4, paragraphs 2 and 3 shall apply.

2.2.4 Rejection of individual SEPA B2B direct debits

- (1) The customer may separately instruct the Bank not to pay certain SEPA B2B direct debits drawn by the payee. This instruction must be received by the Bank no later than the end of the banking business day, as stated in the "List of Prices and Services", before the due date indicated in the direct debit data set. This instruction should, if possible, be given in writing and to the account-keeping branch of the Bank. It should, in addition, be given to the payee.
- (2) A SEPA B2B direct debit entry on the debit date may only be rejected on this date if the customer and the Bank have agreed thereupon. The agreement shall become effective if the Bank manages to finally recover the direct debit amount. For handling such a revocation by the customer, the Bank shall levy the charge set out in the "List of Prices and Services".
- (3) The SEPA B2B direct debit may no longer be rejected by the customer after the date on which the debit entry is made.

2.3 Collection of the SEPA B2B direct debit by the payee under the SEPA B2B direct debit mandate

- (1) The SEPA B2B direct debit mandate given by the customer shall remain with the payee. The payee shall enter the authorisation data and any additional details in the data set for collection of SEPA B2B direct debits. The respective direct debit amount shall be specified by the payee.
- (2) The payee shall send the data set for collection of the SEPA B2B direct debit to the Bank (payer bank) electronically through their payment service provider. This data set shall also represent the customer's instruction to the Bank in the SEPA B2B direct debit mandate to pay the respective SEPA B2B direct debit (see Section 2.2.1, sentences 2 and 5). For delivery of this instruction, the Bank shall waive the form agreed for giving the SEPA B2B direct debit mandate (see Section 2.2.1, sentence 3).

2.4 Payment transaction based on the SEPA B2B direct debit

2.4.1 Debiting the direct debit amount to the customer's account

- (1) On receipt of SEPA B2B direct debits drawn by the payee, the amount specified by the payee shall be debited to the customer's account on the due date indicated in the direct debit data set. If the due date is not a banking business day as stated in the "List of Prices and Services", the account shall be debited on the next banking business day.
- (2) The customer's account shall not be debited or a debit entry shall be cancelled no later than the third bank working day⁵ after it was made if
 - the Bank has received no confirmation from the customer pursuant to Section 2.2.2
 - the Bank has received notice of revocation of the SEPA B2B direct debit mandate pursuant to Section 2.2.3
 - the Bank has received notice of rejection of the customer's direct debit pursuant to Section 2.2.4
 - the customer does not have a sufficient credit balance on the account or sufficient credit for payment of the direct debit (lack of funds); the Bank shall not pay partial amounts
 - the payer's IBAN indicated in the direct debit data set cannot be assigned to any account held by the customer with the Bank or
 - the direct debit cannot be processed by the Bank because the direct data set
 - does not contain a creditor identifier or contains one which is evidently wrong to the Bank
 - does not contain a mandate reference
 - does not indicate the date on which the mandate was given or
 - does not indicate the due date.

2.4.2 Payment of SEPA B2B direct debits

SEPA B2B direct debits are paid if the debit entry in the customer's account has not been cancelled later than the second bank working day after it was made.

2.4.3 Notification of non-execution or cancellation of the debit entry or refusal of payment

The Bank shall inform the customer without delay, and no later than the time agreed in Section 2.4.4, of non-execution or cancellation of the debit entry (see Section 2.4.1, paragraph 2) or refusal to pay a SEPA B2B direct debit (see Section 2.4.2). This may be done also through the agreed account information channel. The Bank shall, if possible, state the reasons and indicate ways in which errors that led to the non-execution, cancellation or refusal can be rectified.

For the legitimate refusal to pay an authorised SEPA B2B direct debit due to a lack of funds (see Section 2.4.1, paragraph 2, fourth bullet point), the Bank shall levy the charge set out in the "List of Prices and Services".

2.4.4 Execution of the payment

- (1) The Bank shall be obligated to ensure that the amount debited by it to the customer's account on the basis of the SEPA B2B direct debit presented by the payee is received by the payee's payment service provider within the execution period indicated in the "List of Prices and Services" at the latest.
- (2) The execution period shall commence on the due date indicated in the direct debit data set. If this date is not a banking business day as set out in the "List of Prices and Services", the execution period shall commence on the following banking business day.
- (3) The Bank shall inform the customer of the execution of the payment through the agreed account information channel and at the agreed frequency.

2.5 Preclusion of entitlement to a refund for an authorised payment

If a payment which has been made on the basis of a SEPA B2B direct debit is authorised, the customer shall not be entitled to claim a refund of the amount debited to their account from the Bank; any claims pursuant to Section 675x of the German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch [BGB]*) shall be precluded.

The customer's entitlement to a refund for non-execution or incorrect execution of an authorised payment shall be governed by Section 2.6.2.

2.6 Customer's entitlement to a refund and compensation

2.6.1 Refund for an unauthorised payment

If a payment is not authorised by the customer, the Bank shall have no claim against the customer for reimbursement of its expenses. It shall be obligated to refund the amount debited to the customer's account to the customer without delay and to restore the balance of this account to what it would have been without debiting for the unauthorised payment. This obligation must be fulfilled no later than the end of the business day as indicated in the "List of Prices and Services" which comes after the day on which the Bank was notified that the payment is unauthorised, or the Bank has obtained knowledge thereof by some other means. If the Bank has informed a competent authority in writing of legitimate reasons for suspecting fraudulent conduct on the part of the customer, the Bank shall be required to consider and to fulfil its obligation arising from sentence 2 without delay if its suspicion of fraud is not confirmed.

2.6.2 Compensation for neglect of duty

In the case of non-execution, incorrect execution or delayed execution of an authorised payment, or if a payment is unauthorised, the customer may – besides any claims for restitution under Sections 667 and 812ff. of the German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch [BGB]*) – request the Bank to provide compensation for any loss or damage incurred as a result in accordance with the following rules.

- The Bank shall be liable for any fault on its own part. If the customer has contributed to the occurrence of any loss or damage through culpable conduct, the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer must bear the loss or damage.
- The Bank shall not be liable for any fault on the part of intermediary institutions chosen by it. In such cases, the Bank's liability shall be limited to the careful selection and instruction of the first intermediary institution.
- The Bank's liability for any loss or damage shall be limited to the amount of the direct debit, plus the charges and interest levied by

⁵Bank working days are all working days except Saturdays, 24 and 31 December.

the Bank. Where consequential loss or damage is involved, liability shall, in addition, be limited to a maximum of € 12,500 per direct debit. This limitation of liability shall not apply to deliberate intent or gross negligence by the Bank or to risks which the Bank has assumed on an exceptional basis or to unauthorised payments.

Any claims pursuant to Section 675y of the German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch [BGB]*) shall be precluded.

2.6.3 Preclusion of liability and objection

- (1) Any liability by the Bank under Section 2.6.2 shall be precluded in the following cases:
 - The Bank proves to the customer that the full amount of the payment reached the payee's payment service provider in due time.
 - The payment was executed in conformity with the incorrect unique identifier of the payee provided by the payee. In this case, the customer may, however, request the Bank to make reasonable efforts to recover the amount of the payment. If it is not possible to recover the amount of the payment pursuant to sentence 2 of this bullet point, the Bank shall be obligated to provide to the customer, at the customer's written request, all available information so that the customer can assert a claim for a refund of the amount of the payment. For its activities pursuant to sentences 2 and 3 of this bullet point, the Bank shall levy the charge set out in the "List of Prices and Services".
- (2) Any claims by the customer under Sections 2.6.1 and 2.6.2 and any objections by the customer against the Bank as a result of non-execution or incorrect execution of payments or as a result

of unauthorised payments shall be precluded if the customer fails to inform the Bank thereof within a period of 13 months at the latest after being debited for an unauthorised or incorrectly executed payment. This period shall start to run only once the Bank has informed the customer about the debit entry for the payment through the agreed account information channel no later than one month after the debit entry was made; otherwise the date on which the customer is informed shall determine when the period commences. The customer may assert claims for compensation resulting from fault-based liability of the Bank under Section 2.6.2 also after expiry of the period referred to in sentence 1 if they were prevented, through no fault of their own, from adhering to this period.

- (3) Any claims by the customer shall be precluded if the circumstances substantiating a claim
 - are based upon an exceptional and unforeseeable event on which the Bank has no influence and whose consequences could not have been avoided even by exercising due diligence or
 - were brought about by the Bank as a result of a statutory obligation.

Annex: Single Euro Payments Area, SEPA

Countries belonging to the European Economic Area (EEA)

European Union Member States:

Austria, Belgium, Bulgaria, Croatia, Cyprus, Czech Republic, Denmark, Estonia, Finland, France (including French Guiana, Guadeloupe, Martinique, Mayotte, Réunion), Germany, Greece, Hungary, Ireland, Italy, Latvia, Lithuania, Luxembourg, Malta, Netherlands, Poland, Portugal, Romania, Slovak Republic, Slovenia, Spain, Sweden.

Further countries:

Iceland, Liechtenstein, Norway.

Other countries and territories:

Åland Islands, Andorra, Albania, Gibraltar, Guernsey, Isle of Man, Jersey, Moldova, Monaco, Montenegro, North Macedonia. Saint-Pierre-et-Miquelon, San Marino, Switzerland, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Vatican City State.